

Fürth i. W., Hirschfeld, Kellheim, Kronach, Lauf, Mittenfeld, Neuforg, Nürnberg, Regen, Saffanfahrt, Seußling, Traillsdorf, Tiefenreuth, Waldthurn, Windischschneibach, Würzburg, Zeulenroda; — Durmerzhelm, Freiburg, Schöppingen, Grauelshaus, Karlstube, Lahr, Laupheim, Lauterbach, Mülhausen i. G., Oberndorf, Oberiscol, Raftatt, Ravensburg, Reichshofen, Schramberg, Schwend, Schwennungen, Steinbach, Straßburg, Stuttgart, Ulm, Ummerdorf, Willingen, Wangen; — Althausen, Coblenz, Frankenthal, Frankfurt, Höchst a. M., Gomburg v. d. G., Kaiserlautern, Mainz, Offenbach a. M., Ramberg, Ridesheim, Soden-Salmünster, Trier; — Aachen, Bodolff, Bonn, Cleve, Eln, Derichlag, Dülken, Düsseldorf, Duisburg, Elberfeld-Barmen, Gemünd, Goch, Hannel, Hesselberg, Lennep, Remscheid, Rhegdt, Schwelm-Sewaldsberg, Wiersen; — Ahlen, Bochum, Borken, Coesfeld, Dortmund, Essen, Fredenhorst, Geislerkirchen, Gütingfeld, Hagen, Hamm, Haaspe, Himmelsberg, Mönster, Reheim, Soest, Telgte, Warendorf, Wefele, Wiedenbrück, Witten; — Beverungen, Bremenhausen, Cassel, Celle, Detmold, Dinslage, Höttingen, Osterloh, Hamburg, Hannover, Harsum, Helmstedt, Hilbesheim, Kiel, Dönhaußen, Papenburg, Quakenbrück; — Cöthen, Cöstrin, Dresden, Landsberg a. W., Ludenwalde, Meisen, Miltau; — Elbing, Schneidemühl, Schönlanke; — Waungen, Breslau, Glogau, Grlig, Königshütte, Reiffe, Oberberowitz, Posen, Priebus, Schweidnitz, Striegau, Wehrsdorf, Ziegenhals, Zittau.

Bericht aus den Jagstthälern

Krefeld. Wie im letzten Winterhalbjahr, so hat auch in diesen Winter das Kartell der christlichen Gewerkschaften beschlossene, gemeinschaftliche Versammlungen abgehalten und dazu auch die Frauen der Mitglieder eingeladen. Die Versammlungen der einzelnen Ortsgruppen sind vielfach nicht so besucht, daß auch das Notwendige geboten werden kann. Es würde auch eine Kostenvorgabe bedeuten, wenn zu diesen kleinen Versammlungen auswärtige Kollegen bestellt und die allgemeinen Aufgaben der Gewerkschaften erörtert würden. Das Kartell hat es sich zur Aufgabe gestellt, in diesen gewerkschaftlichen Versammlungen etwas zu bieten und es darf daher auch erwartet werden, daß, wenn der Ruf an die Kollegen ergoht, die Versammlungen gut besucht werden. Wir haben es jetzt mehr denn je notwendig, daß wir orientiert sind, daß wir wissen, welche Aufgaben am dringlichsten sind und wie sie am besten durchgeführt werden. Am Sonntag, den 27. Oktober hat die erste Versammlung für das Winterhalbjahr stattgefunden, die den Umständen nach hätte besser besucht sein können. Es gibt hier auch keine Aufschubmöglichkeit, da in demselben Maße der Schanzenkampf außerordentlich gut besucht war und zwar von christlich organisierten Arbeitern. Was sollte bald meinen, der Ernst der Zeit würde von vielen nicht verstanden. Darum abgelehnt die Gleichgültigkeit, auch dann, wenn es gilt, einmal einige Stunden für die wichtigsten Interessen zu opfern. Bildet doch die gewerkschaftliche Betätigung die Grundlage, auf der wir auch in der Zukunft stehen müssen und der wir nicht entraten können. Ohne die ständige Mitarbeit aller, werden aber die Aufgaben die uns bevorstehen nicht, aber doch nicht in der bestmöglichen Weise erfüllt werden können. Darum auf an die Arbeit! Es ist höchste Zeit.

Dortmund. Das hiesige Kartell veranstaltet am Sonntag, den 10. November, nachmittags 4 Uhr, im Saale des Reinoldshof, gemeinsam mit den konfessionellen Jugendvereinen eine Versammlung der werktätigen Jugend. Herr Redakteur Reijnen von der „Wacht“ in Düsseldorf wird das Thema behandeln: „Die Jugend der Jugend“. Kollege Kaiser, vom Jugendsekretariat der christl. Gewerkschaften in Köln, „Die Jugend, die Arbeitskraft in der Gewerkschaftsbewegung“. Jeder, der es ernstlich meint mit seiner Standesbewegung, muß zu der Ueberzeugung kommen, daß es heute notwendiger ist denn je, unsere Jugend fröhlich mit gesundem Gedanken in die Arbeiterbewegung hineinzuführen. Wir erwarten, daß nicht nur unsere jugendlichen Mitglieder zu dieser Versammlung selbst erscheinen, sondern auch ihre Freunde, ihre jugendlichen Mitarbeiter von den Arbeitsstätten hierzu mitbringen. Auch unsere älteren Kollegen mögen erscheinen, damit sie sich mit der Frage der Jugendbewegung mehr wie bisher vertraut machen.

Gewerkschaftliches

Die christlichen Gewerkschaften zur neuen Lage.
Eine fast bewußte Ausschüpfung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften am 20. und 30. Oktober in Duisburg besaß sich eingehend mit der durch die Ereignisse der letzten Wochen geschaffenen neuen Lage. Neben dem Bedauern und Schmerz über die schweren Schicksalsschläge, von denen unser Volk jetzt heimgegriffen wird, kam die traurige Tatsache der Entschlossenheit und der feste Wille zum Ausdruck, beim Wiederaufbau unseres nationalen und wirtschaftlichen Lebens mit allen Kräften mitzuwirken. Das deutsche Volk habe die Kraft und müsse damit den eifernden Willen verbinden, sich wieder emporzurichten. Wir dürfen unter keinen Umständen den Glauben an unsere Sache verlieren; zur Ratlosigkeit oder gar zum Verzweifeln sei keine Ursache vorhanden. Die weltgeschichtlichen, ohne Beispiel bestehenden Leistungen, die das deutsche Volk in vier schweren Kriegsjahren vollbracht habe, sichern ihm einen ehrenvollen Platz unter den Völkern der Erde, sowie den berechtigten Anspruch auf Lebens- und Arbeitsmöglichkeit. Mit voller Entschlossenheit werde das Festhalten an monarchischen Gebräuchen von allen Nebenbelangen betont.
Die Treue zum angefallenen Herrscherhaus und die Erwartungen auf ein soziales Volksthum lassen unter dem Verlust aller Ansehenden jenseits zum Ausdruck. Eine entsprechende Abkündigung des Kaisers würde der deutschen Nation zum Nachschaden werden, weil das der erste Schritt zur Sprengung des deutschen Reiches und zum völkerverwundlichen Chaos sein

würde. Die Stellungnahme der christlich organisierten Arbeiterschaft wurde in folgendem Telegramm an den Kaiser niedergelegt:

An des Kaisers Majestät, Berlin!

Die christlich-nationale Arbeiterschaft, getragen von dem ernststen Bestreben, auf der Grundlage und der starken Bestimmung eines lebensstarken Christentums, eines ausgeprägten Nationalbewußtseins und einer geläuterten Demokratie Deutschlands Zukunft unter starker Abgabe an alle völkswirtschaftlichen Bestrebungen in ruhiger, planvoller Arbeit aufzubauen, erblickt unter den neuen Verhältnissen in einem echten Volksthum ein wertvolles Unterpfand für die Verwirklichung ihrer Erwartungen. Unabhängig von Gunst und Ungunst der Verhältnisse, in Glück und Unglück standen wir und stehen wir in Treue zu Ew. Majestät. Seit den Tagen, wo das heilige Römische Reich deutscher Nation zerfallen ist, ging die heilige Sehnsucht durch das deutsche Volk, unter einem deutschen Kaiser wieder geeinigt zu werden. Unter unsäglichen Mühen ist die Einigung gelungen, Sie hat dem deutschen Volke neue Lebenskräfte gebracht. Mit der vorbildlich gewordenen deutschen Sozialpolitik hat sich das deutsche Kaiserreich ein unvergängliches Denkmal im Herzen der deutschen Arbeiterschaft gesetzt. Wir leben in der Ueberzeugung, daß das deutsche Volk auch unter den veränderten Verhältnissen sich erneut zu einer achtunggebietenden Stellung emporarbeiten wird. Auf dieses hohe Ziel soll die Tätigkeit der christlich-nationalen Arbeiterschaft immerdar eingeleitet sein.
Reichstagsabgeordneter: Behrens, Vorsitzender.

Die Entwicklung unseres deutschen Verfassungslebens zum demokratischen Volksstaat wurde als auf der Linie unserer Bestrebungen liegend, als nationale Notwendigkeit anerkannt und im Interesse unserer Zukunftsentwicklung begrüßt. Die jetzige Regierung müsse von allen Schichten des Volkes, ungeachtet ihrer politischen Anschauungen, nach Kräften in ihren Friedensbestrebungen unterstützt werden. Jede Ministerarbeit, sowohl von rechts wie von links, sei in dieser ersten Stunde dem Wohle der Gesamtheit nachträglich und unfehlbar auf schärfste zurückgewiesen werden. Nach dem vollen Zusammenbruch unserer Verbündeten sei Deutschland auf sich ganz allein gestellt. Innere Beschlossenheit sei jetzt die erste Vorbedingung, um einen erträglichen Frieden zu bekommen. Wir müßten uns damit abfinden, daß dieser Frieden uns schmerzliche Opfer auferlegen würde. Einen schmerzhaften Unterwerfungsfrieden, der uns entehren und die Lebensmöglichkeiten der Zukunft unterbinden würde, müßte das deutsche Volk jedoch mit aller Entschiedenheit ablehnen. In diesem Falle würde ein Kampf bis zum bitteren Ende unvermeidlich sein. Dann aber wären grundlegende Reformen in unserem militärischen wie wirtschaftlichen System unerlässliche Voraussetzung für die Schaffung einer unzerstörbaren Einheitsfront. Zu fordern wäre dann für die Armee:

1. die Einheitsverpflegung von Offizieren und Mannschaften, die nur durch Abschaffung der Offiziersküchen zu erreichen ist;
2. radikales Verbot der Speiserei von Lebensmitteln, die auf Kosten der Truppenverpflegung aus der Armeekasse nach Hause geschickt werden;
3. Reformen des Beförderungswesens, insbesondere Abschaffung der Voraussetzung des Einjährigzeugnisses für die Offizierslaufbahn;
4. allseitige anständige Behandlung der Soldaten;
5. Reform der Entlohnung von Mannschaften und Offizieren.

Für die innere Front in der Heimat ständen folgende bringliche Forderungen im Vordergrund:

1. radikale Maßnahmen der schärfsten Art gegen jeglichen Wucher;
2. vollständige Erfassung aller Kriegsgewinne auch der Kleinen, zugunsten der Allgemeinheit. — Auf Bereicherung während der Kriegszeit habe niemand einen Anspruch. Unjüngere Soldaten, die vier Jahre gekämpft und Blut und Leben für die Volksgemeinschaft eingesetzt, hätten mehr geleistet wie irgend jemand in der Heimat, und hätten dabei keine Gelegenheit zum Selbsterwerb gehabt;
3. schärfster Kampf gegen das argerniserregende Drogen- und Schlemmerleben wohlhabender Schichten;
4. verstärkte soziale Fürsorge für die Armen. Vor allem Erleichterung in der Beschaffung von Kleidung, Schuhe, Wäsche usw.;
5. enge Zusammenarbeit zwischen Behörden und Vertretern der großen Volksorganisationen; nicht nur bei den Zentralstellen in Berlin, sondern auch im Lande;
6. beschleunigte Regelung der Arbeitslosenfürsorge, da nach dem Abbruch des Waffenstillstandes bezw. Kriegsende mit einer großen Arbeitslosigkeit zu rechnen ist.

Diese Forderungen, die einstimmig von der Ausschüpfung der christlichen Gewerkschaften erhoben wurden, sollen durch die Vertreter der Organisationen bei den zuständigen Stellen mit allem Nachdruck vertreten werden. — Die Forderung war von der Ueberzeugung durchdrungen, daß in den weltgeschichtlichen Umwälzungen der Gegenwart und bei dem zukünftigen Wiederaufbau unseres deutschen Volkslebens die christlich-nationale Arbeiterbewegung eine weltgeschichtliche Mission zu erfüllen habe.

Die Arbeit der gewerkschaftlichen Ortskartelle wurde auf der Ausschüpfung des Gesamtverbandes in Duisburg durch eine Ergänzung der Normalstatuten und durch folgende Entschlüsse erneut gewärdigt:

1. Im Hinblick darauf, daß noch viele Ortsgruppen der dem Gesamtverband angeschlossenen Verbände den Ortskartellen nicht angehören, wird der Beschluß des 6. christl. Gewerkschaftskongresses von Breslau in Erinnerung gebracht, worin es heißt: „Alle Ortsgruppen der Verbände, welche dem Gesamtverband der christl. Gewerkschaften angeschlossen sind, haben die Verpflichtung, den Orts- oder Bezirkskartellen anzugehören, falls letztere sich in den von den Kongressen der christl. Gewerkschaften zugewiesenen Aufgaben bewegen. Die Beiträge zu den Kartellen sind als Pflichtbeiträge zu betrachten. Ausnahmen sind nur in besonderen Fällen und im Einvernehmen mit dem Vorstande des Gesamtverbandes zulässig.“
2. Infolge der Entwertung des Geldes und der unvermeidlichen Steigerung der Ausgaben (Versteigerung der Druckkosten und Vorlofen) ist eine Erhöhung der Kartellbeiträge anzustreben. Die Festsetzung ist den Kartellen zu überlassen, soll aber im Einvernehmen mit dem Gesamtverbande erfolgen.
3. Mit Rücksicht auf eine erfolgreiche Durchführung wichtiger Aufgaben, z. B. der sozialen Wahlen, der Beeinflussung der Regierungsbehörden usw., ist die Zusammenfassung der örtlichen Bewegung zu Bezirkskartellen in vielen Bezirken dringend notwendig. Der Geltungsbereich solcher Bezirkskartelle ist jedoch weniger auf abgeschlossene Industriebezirke, wie auf die politischen Grenzen anzupassen. (Kreisläufe dürfen am zweckdienlichsten sein.)
4. Die Anstellung von Kartellsekretären soll nur erfolgen, wo die finanziellen Grundlagen vorhanden sind. Auf Zuschüsse des Gesamtverbandes kann vorläufig nicht gerechnet werden.
5. Eine erfolgreiche Tätigkeit der Ortskartelle ist nur denkbar, wenn sie von den Zentralverbänden wirksam unterstützt werden. In erster Linie muß den Verbänden angelegentlich und von oben Befehl gegeben werden, im Rahmen der Kartellaufgaben praktisch mitzuwirken.
6. Zur Bewältigung der vielseitigen Zukunftsaufgaben ist eine Arbeitsteilung in den Ortskartellen dringend notwendig. Bisher hat die Arbeit vielfach daran gescheitert, daß sie auf wenige Schultern geladen war. Köhnlisch wie in der staatlichen und gemeindlichen Verwaltung müssen auch in den Kartellen verschiedene Arbeitsgebiete abgegrenzt werden, die von einem dazu geeigneten Kollegen (einer Kollegin bzw. einer Kommission) zu bearbeiten sind. Beispielsweise können Wohnungsfrage, Versorgungswesen, Bildungsbestrebungen, soziale Wahlen, Jugendarbeit, Arbeitslosenfürsorge mit Arbeitsnachweis etc. als besondere Arbeitsgebiete in Betracht kommen. Die endgültige Regelung dieser wichtigen Frage wird sich den örtlichen Bedürfnissen anpassen haben.

Soziale Rundschau

Ein bemerkenswerter Vorgang. Als es sich bei der Umgestaltung des Kriegsernährungsamtes (Abgang Batodi usw.) darum handelte, ob unser Kollege, Generalsekretär Stegerwald, aus dem Kriegsernährungsamt als Vorstandsmitglied ausscheiden sollte, schrieb das Korrespondenzblatt der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften:

„Ermüdet wäre es auch vom Standpunkte der Vertretung der Arbeiterinteressen, daß Herr A. Stegerwald dem Amte erhalten bleibt, da seine gründliche Kenntnis der Arbeiterverhältnisse, seine unermüdete Arbeitskraft und seine Festigkeit als Arbeitervertreter ihn fast unentbehrlich gemacht haben.“

Im Kriegsernährungsamt sah bekanntlich bis vor kurzem auch der Sozialdemokrat Dr. August Müller, der jetzt zum Reichswirtschaftsamt übergegangen ist. Die sozialdemokratische Partei hat diesem Wechsel zugestimmt und den Wunsch der Generalkommission, dem Reichsabgeordneten Robert Schmidt als Unterstaatssekretär für das Reichswirtschaftsamt vorzuschlagen, abgelehnt. Dagegen lag das Korrespondenzblatt der Generalkommission Verwahrung ein, indem es schrieb:

„Diese Haltung der Parteifunktionen ist im höchsten Grade bedauernd. Im Reichswirtschaftsamt stehen Fragen zur Entscheidung, die den Aufgabenkreis der Gewerkschaften in besonderem Maße betreffen. Ohne dem Entscheidungsbereich der Partei zu nahe zu treten, dürfen die Gewerkschaften auf Grund der Rammheimer Abmachungen fordern, daß auf die von ihnen vertretenen Arbeiterinteressen größtenteils Rücksicht genommen wird. Das ist mit der Wahl des Herrn Dr. Müller nicht gegeben, der in seiner bisherigen Tätigkeit sich als Gegner der gewerkschaftlichen Forderungen erwies und vielfach im Widerspruch mit den Arbeiterinteressen gehandelt hat.“

Das Hauptorgan der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung schließt also einem eigenen Genossen als Vertreter in der Reichsverwaltung mit einem kräftigen Ruck von sich ab, während es dem Vertreter der christlichen Organisation rückhaltlose Anerkennung zollt. Für manche Kreise ist daraus die lehrreiche Schlussfolgerung zu ziehen, daß die sozialdemokratische Absteigerung durchaus nicht genügt, um die Arbeiterinteressen mit Erfolg zu vertreten. Es kommt tatsächlich nicht auf die Farbe an, sondern auf den ehrlichen festen Willen, auf die Beschäftigung und nötige Schaffensfreudigkeit. Die Vertreter der christlichen Arbeiterbewegung haben, wie der vorliegende Fall in Natura zeigt, den Beweis erbracht, daß sie auf dem Gebiet praktischer Arbeit den Vergleich mit der sozialdemokratischen Richtung jederzeit bestehen können.

Jeder heeresentlassene Soldat

hat die Pflicht, sich sofort nach der Entlassung beim Verband anzumelden und bei der Wiederaufnahme der Arbeit mit der Beitragsleistung zu beginnen. Der Verband kennt in den Tagen des Unterstützungsanspruchs nur die Mitglieder, die sich Rechte auf Grund ordnungsmäßiger Beitragsleistung erwerben.